

Clemens Ronnefeldt:Pressespiegel - 27.11.24

Liebe Friedensinteressierte,

beiliegend einige Artikel zu den Kriegen in der Ukraine und in Westasien - sowie zum Thema Militarisierung.

1. NYT: Trumps Gelübde, den Krieg zu beenden, könnte die Ukraine mit wenigen Optionen lassen

2. Die Welt: Die bislang unentdeckten Spuren der Nord-Stream-Sabotage

3. BerlZ.: Nord Stream 2: Kaufangebot aus den USA soll „Dominanz des Westens gegenüber Russland unterstreichen“

4. Vertrag von Istanbul Ende März 2022

5. Länder-Analysen: Ukraine-Analyse - Friedensverhandlung

6. Penguin: Günter Verheugen · Petra Erler Der lange Weg zum Krieg

7. Eurotopics: Bringt die Feuerpause Frieden für den Libanon?

8. IPG: Trumps Nahost-Politik ist unberechenbar und voller Widersprüche. Könnte ausgerechnet sein unkonventioneller Ansatz zu Frieden führen?

9. FR: Verhindern Traumata Frieden?

10. ND: Kriegskritik statt Schulfrieden - Schulverweis für Bundeswehrkritik vom Tisch

11. Koop-Frieden: Friedensorganisationen intensivieren ihre Zusammenarbeit

und planen gemeinsame Aktionen im Bundestagswahljahr 2025

—

1. NYT: Trumps Gelübde, den Krieg zu beenden, könnte die Ukraine mit wenigen Optionen lassen

<https://www.nytimes.com/2024/11/21/us/politics/trump-russia-ukraine-war.html>

Trumps Gelübde, den Krieg zu beenden,

könnte die Ukraine mit wenigen Optionen lassen

Eine Frage ist, ob die neue Regierung und Europa Sicherheitsgarantien bieten werden, um zu verhindern, dass Russland mehr Territorium einnimmt.

Von Helene Cooper, Andrew E. Kramer, Eric Schmitt und Julian E. Scheunen

Berichterstattung aus Washington und Kiew

Nov. 21, 2024

(...)

2. Die Welt: Die bislang unentdeckten Spuren der Nord-Stream-Sabotage

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus254670290/Nord-Stream-Sprengsaetze-Nummer-Fuenf-und-Sechs.html>

Die bislang unentdeckten Spuren der Nord-Stream-Sabotage

Stand: 08:41 Uhr

Bei der Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines nutzten die Saboteure nur vier Sprengsätze – so dachte man bisher. Tatsächlich waren es mindestens sechs. Das zeigen WELT vorliegende Gerichtsakten und eine Sonaraufnahme. Die Erkenntnisse nähren Zweifel an einer These über die Auftraggeber des Anschlags.

(...)

3. BerlZ.: Nord Stream 2: Kaufangebot aus den USA soll „Dominanz des Westens gegenüber Russland unterstreichen“

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/nord-stream-2-us-kaufangebot-soll-dominanz-des-westens-gegenueber-russland-unterstreichen-li.2275699>

Nord Stream 2: Kaufangebot aus den USA soll „Dominanz des Westens gegenüber Russland unterstreichen“

Der amerikanische Investor Stephen Lynch will die Ostseepipeline Nord Stream 2 kaufen. Für Trump könnte es eine willkommene „Einnahmequelle“ sein, sagt ein Energieexperte.

Simon Zeise

27.11.2024 05.59 Uhr

(...)

— —

4. Vertrag von Istanbul Ende März 2022

<https://static01.nyt.com/newsgraphics/documenttools/ba6c7377883d7829/f5aff231-full.pdf>

COMMUNIQUE

following consultations on March 28-30, 2022

Main Provisions of the Treaty on Ukraine's Security Guarantees

— —

(übersetzt mit deepl.)

KOMMUNIQUE

im Anschluss an die Konsultationen vom 28. bis 30. März 2022

Die wichtigsten Bestimmungen des Vertrags über die Sicherheitsgarantien der Ukraine

— —

5. Länder-Analysen: Ukraine-Analyse - Friedensverhandlung

<https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/306/ukraineanalysen306.pdf>

Nr. 306 - 15.11.2024

Ukraine-Analyse

Friedensverhandlung

Seite 33:

3. Liste der bilateralen Sicherheitsabkommen der Ukraine, Januar – Oktober 2024

—

Seite 34:

4. Russlands sechs Forderungen an die Ukraine vom 10. März 2022

—

Seite 35:

5. Die Ukraine hat einen Friedensvorschlag unterbreitet, der die Grundlage für einen multilateralen Vertrag bilden und der Ukraine Sicherheitsgarantien gewähren könnte, 30. März 2022

--

Seite 36:

6. Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine und Vertragsentwürfe, März – April 2022

—

Seite 52:

15. Katar als Vermittler zwischen der Ukraine und Russland

Seite 54:

16. Aussagen des Papstes zu Russlands Krieg gegen die Ukraine und zur Rolle des Heiligen Stuhls als Mediator (Auswahl)

6. Penguin: Günter Verheugen · Petra Erler Der lange Weg zum Krieg

<https://www.penguin.de/content/edition/excerpts/1096531.pdf>

Günter Verheugen · Petra Erler Der lange Weg zum Krieg

Aus dem Vorwort

(Seite 16f - Schluss des Vorwortes)

(...)

Der Ukraine-Krieg kann niemanden kaltlassen. Keiner ist nur unbeteiligter Zuschauer eines Dramas, das sich aktuell gut 2000 Kilometer östlich von Berlin abspielt.

Und wir fragen, wo Werte und Moral bleiben, wenn eine Politik fortgesetzt wird, die nicht nur auf Kriegsverlängerung hinausläuft, sondern auch das Risiko in Kauf nimmt, die Eskalation bis hin zum Atomkrieg zu betreiben.

Wir sind überzeugt, dass das nicht dem Friedensgebot unserer Verfassung entspricht. Nur Frieden rettet Leben, Friedensverweigerung aber begründet Schuld.

Wir plädieren deshalb mit diesem Buch auch dafür, nicht durch Aufrüstung noch mehr Krieg vorzubereiten, sondern endlich damit anzufangen, dauerhaften Frieden zu suchen. Das jedoch geht nur zusammen mit Russland, ob uns das nun passt oder nicht.

7. Eurotopics: Bringt die Feuerpause Frieden für den Libanon?

https://www.eurotopics.net/de/330172/bringt-die-feuerpause-frieden-fuer-den-libanon?pk_campaign=et2024-11-27-de&pk_kwd=330172

27. November 2024

Bringt die Feuerpause Frieden für den Libanon?

Israel und die Hisbollah haben sich mit US-Vermittlung auf eine Waffenruhe geeinigt – zunächst für 60 Tage. Beide Seiten müssen nun ihre Einheiten aus dem Südlibanon zurückziehen, die Sicherung des Grenzgebiets sollen die UN-Mission Unifil und die libanesischen Armee übernehmen. Europas Medien kommentieren die Vereinbarung mit Erleichterung, aber auch gehöriger Skepsis. (...)

(Es folgen Artikel zu diesem Thema aus mehreren Ländern)

— —

**8. IPG: Trumps Nahost-Politik ist unberechenbar und voller Widersprüche.
Könnte ausgerechnet sein unkonventioneller Ansatz zu Frieden führen?**

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/fest-anschnallen-7941/?utm_campaign=de_40_20241126&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Naher Osten/Nordafrika 26.11.2024

Clemens Starke & Marcus Schneider

Clemens Starke ist Program Manager beim FES-Kompetenzzentrum Mittlerer Osten und Nordafrika – Frieden und Sicherheit mit Sitz in Beirut, Libanon. Zuvor arbeitete er in der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit unter anderem in Genf und Westafrika.

Marcus Schneider leitet das FES-Regionalprojekt für Frieden und Sicherheit im Mittleren Osten mit Sitz in Beirut, Libanon. Zuvor war er für die FES unter anderem als Leiter der Büros in Botswana und Madagaskar tätig.

Fest anschnallen

Trump's Nahost-Politik ist unberechenbar und voller Widersprüche.

Könnte ausgerechnet sein unkonventioneller Ansatz zu Frieden führen?

Die Wahlkampagne von Donald Trump wurde von einigen unerwarteten Äußerungen des zukünftigen US-Präsidenten begleitet. In einer Zeit, in der die israelischen Militäroperationen im Gazastreifen und im Libanon auch in den USA stark polarisieren und in der viele arabisch-amerikanische Wähler von der pro-israelischen Haltung der Biden-Harris-Administration zutiefst enttäuscht waren, betonte Trump wiederholt sein Ziel, Frieden in die Region zu bringen. Dabei warb er aktiv um Stimmen aus der arabischen Community, insbesondere in

wichtigen Swing States wie Michigan.

Dennoch bleibt unklar, wie Trumps zukünftige Nahost-Politik, etwa in Bezug auf Gaza, konkret aussehen wird und ob sie tatsächlich einen anderen Weg als den der Biden-Administration einschlagen wird.

Zwar erhielt Trump starke Unterstützung aus dem konservativen, pro-israelischen Lager, doch scheint er die andauernden Konflikte in Gaza eher als PR-Problem für Israel denn als humanitäre Katastrophe für die Palästinenser zu betrachten. Zugleich kündigte er bereits harte Maßnahmen gegen die palästinensische Solidaritätsbewegung an.

Trumps erste Personalentscheidungen für sein zukünftiges Kabinett deuten in eine ähnliche Richtung: Der designierte Außenminister Marco Rubio hat sich bisher entschieden gegen eine Waffenruhe in Gaza ausgesprochen.

Der künftige CIA-Direktor John Ratcliffe kritisierte die Biden-Administration scharf für ihren angedrohten Stopp von Waffenlieferungen nach Israel angesichts der Lage in Gaza. Mike Huckabee, der zukünftige US-Botschafter in Israel, negierte nicht nur jegliche palästinensische Selbstbestimmung, sondern stellte sogar die Existenz einer eigenständigen palästinensischen Identität grundsätzlich infrage.

Während Trump bei seinem ersten Wahlsieg noch selbst überrascht schien

und seine damalige Regierung von häufigem Entlassungen, Personalwechseln, Skandalen und Widersprüchen geprägt war, setzt er im Vorfeld seiner zweiten Amtszeit auf Loyalität und bekannte Gesichter. Das Gewicht der etablierten neokonservativen Regimewechsel-Befürworter und Generäle nimmt ab, während loyale „CEOs and businessmen“ eine zunehmend zentrale Rolle einnehmen. Gleichzeitig scheinen die Falken im zukünftigen Kabinett wie Rubio zum Teil einige ihre interventionistischen Positionen abzumildern.

Dieser Trend fügt sich ein in das Playbook Trump'scher Außenpolitik, bestehend aus einer Abkehr von Idealen und Werten – seien es Menschenrechte oder Demokratie –, wie sie traditionell als Vorwand republikanischer Interventionspolitik dienten, und einer Hinwendung zu einer Deal-orientierten Mentalität taktischer Tauschgeschäfte.

Der künftige Einfluss der Golf-Araber ist eine der großen Unbekannten.

Die konzeptionelle Grundlage ist eine Politik des „Friedens durch Stärke“ beziehungsweise des „maximum pressure“, wie Robert O'Brien, letzter Nationaler Sicherheitsberater (2019–2021) der ersten Trump-Administration in einem viel-beachteten Foreign Affairs-Artikel ausführt: Maximaler Druck schrecke Kontrahenten ab, beende alte und verhindere neue Kriege, fordere ein stärkeres Engagement von US-Verbündeten ein, lasse diesen aber auch mehr Verantwortung zuteilwerden.

Jason Greenblatt, ehemaliger Nahost-Gesandter unter Trump, illustriert die Umsetzung dieser Politik am Beispiel Irans: maximaler Druck über Sanktionen und Abschreckung gegenüber Iran einerseits, auch, um Teheran zu einem Umlenken seiner Politikentscheidungen sowie der seiner Proxies zu bewegen, und andererseits ein stärkeres Einfordern von mehr Engagement durch lokale US-Verbündete wie Saudi-Arabien.

Dass dieser Ansatz nicht nur die Sichtweise ehemaliger Trump-Regierungsmitglieder widerspiegelt, unterstreicht Brian Hook, der frühere Iran-Gesandte der ersten Trump-Administration und derzeit verantwortlich für den Transitionsprozess im US-Außenministerium. Auch er sieht Iran mit seinem Regime und seiner revolutionären Ideologie als die Hauptquelle für Instabilität nicht nur am Persischen Golf, sondern in der gesamten Region. Trump habe zwar kein Interesse an einem Regimewechsel, dies sei letztlich eine Entscheidung des iranischen Volkes. Jedoch werde die kommende Trump-Regierung Iran diplomatisch und wirtschaftlich isolieren, nicht zuletzt um ein Zeichen an andere Feinde Amerikas zu senden.

Anders als seine erste Administration stößt Trumps Iranpolitik nun jedoch auf eine veränderte regionale Gemengelage. Während es den regionalen US-Verbündeten, allen voran Riad und Abu Dhabi, damals noch darum ging, Iran maximal zu isolieren, ist seit einigen Jahren eine aktiv herbeigeführte Annäherung festzustellen.

Insbesondere Saudi-Arabien könnte fürchten, dass eine zu

antagonistische Iranpolitik die Kriegsgefahr auch am Golf erhöht – mit fatalen Auswirkungen auf die eigene Stabilität. Der künftige Einfluss der Golf-Araber ist eine der großen Unbekannten. Während die Saudis mit Biden fremdelten, gilt Trump als Partner, mit dem sich reden lässt.

In Washington zeichnet sich jedoch ein möglicher Konflikt der Einflussnahmen ab. Auf der einen Seite steht Israel, welches die Hardliner in der Trump-Administration unterstützt und eine maximal konfrontative Iranpolitik befürwortet. Auf der anderen Seite Saudi-Arabien, das ein Amerika bevorzugt, welches die Islamische „Schwester-Republik“ Irandurch pragmatisches, transaktionales Dealmaking einhegt, anstatt auf Eskalation zu setzen.

Ideologische Konsistenz dürfte in der zweiten Trump-Regierung kaum zu erwarten sein.

Das in dieser Logik eher der saudischen Sicht zuneigende isolationistische Lager, in erster Linie verkörpert durch den zukünftigen US-Vizepräsidenten J.D. Vance, kann keineswegs als Iran-freundlich bezeichnet werden. Ausgehend von einer America First-Haltung lehnt es einen Krieg mit dem Mullah-Regime als einen weiteren forever war jedoch ab.

Das amerikanische und das israelische Interesse stehen hier konträr zueinander. Vance argumentiert, dass US-Außenpolitik „smart“ sein müsse, indem sie nicht überall durch Truppenpräsenz agiere, sondern die Entwicklungen in der Region strategisch gestalte – etwa durch

diplomatische Initiativen wie die Abraham Accords aus Trumps erster Amtszeit.

Damals schlossen vier arabische Länder Frieden mit Israel, was auch als erster Schritt hin zu einer Normalisierung zwischen Israel und Saudi-Arabien gesehen wurde – allerdings unter weitgehender Marginalisierung der Palästinenser. Das Feiern solcher Megadeals ist exemplarisch für die Trump'sche Herangehensweise.

Auch mit dem Iran, den Trump nach eigener Aussage „sehr erfolgreich“ sehen möchte, könnte ein ähnlicher Deal angestrebt werden. Die mögliche Einbindung von Elon Musk in die zukünftige Iranpolitik deutet auf einen kreativen, möglicherweise unkonventionellen Ansatz hin. Die zentrale Frage bleibt jedoch, welche Substanz einen solchen Deal untermauern könnte.

Während das neokonservative Lager der Falken an Einfluss eingebüßt hat, zeigt sich sein Fortbestehen dennoch in Gestalten wie Jared Kushner. Der frühere Berater und Schwiegersohn Trumps, einer der Architekten der Abraham Accords, zog sich zwar 2021 offiziell aus der Politik zurück und hat erklärt, kein Amt in der nächsten Regierung anzustreben. Dennoch könnte er als informeller Berater zurückkehren.

Kushner steht sinnbildlich für jene Fraktion, die in klassisch neokonservativer Manier die Gelegenheit gekommen sieht, die Region im israelisch-amerikanischen Sinne radikal umzugestalten. Seine

öffentlich geäußerten Vorstellungen für eine Nachkriegsordnung sind ebenso erschreckend wie ambitioniert:

So schlug er vor, den Konflikt in Gaza durch die Vertreibung der Palästinenser nach Ägypten und eine Annexion der Westbank zu „lösen“. Zudem sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, das iranische Nuklearprogramm militärisch zu zerstören. Eine solche Strategie könnte jedoch genau das Gegenteil von End Forever Wars bewirken und die Region weiter destabilisieren.

Ideologische Konsistenz dürfte in der zweiten Trump-Regierung kaum zu erwarten sein. Israel gegen Saudi-Arabien, America First gegen Neokonservative – und dazwischen zahlreiche machtbewusste Akteure mit starken Egos. Über all dem steht ein als erratisch bekannter Präsident, der zwar als kriegsavers gilt, aber zugleich einen Hang zu transaktionalen Lösungen und großen Inszenierungen hat.

Der Personality-Faktor in der Politik kommt den Familienregimen im Nahen Osten durchaus entgegen, da er diese dort abholt, wo sie selbst stehen. Ein Beispiel dafür ist die Hoffnung im Libanon, dass die familiären Verbindungen von Trumps Tochter Tiffany über ihren Ehemann Michael Boulos, der libanesischen Wurzeln hat, auch Donald Trump für die von Israel attackierte Zedernrepublik einnehmen könnten. Entsteht hier möglicherweise eine „Schlacht der Schwiegersöhne“ – Kushner gegen Boulos? Nahost-Politik als Familienaffäre.

Der Personality-Faktor in der Politik kommt den Familienregimen im Nahen Osten durchaus entgegen.

Die derzeitige Transitionsperiode scheint jedoch vor allem Israel zu begünstigen. Trump hatte einst Netanjahu zugerufen: „Finish the job!“

Dieser Satz scheint der nun per Haftbefehl gesuchte mutmaßliche Kriegsverbrecher durchaus als Gelegenheitsfenster wahrzunehmen, vollendete Tatsachen zu schaffen. In Nord-Gaza setzt die israelische Armee offen auf ethnische Säuberung, während im Libanon zunehmend eine Politik der verbrannten Erde verfolgt wird.

Ein mögliches Ziel dieser Eskalation könnte sein, Trump bei seiner Amtseinführung die Bühne zu bereiten, sich als Friedensbringer zu inszenieren – um so unter dem Deckmantel diplomatischer Lösungen israelische Interessen weiter mit US-Unterstützung abzusichern.

Genauso könnte dem israelischen Premier jedoch daran gelegen sein, Trump entgegen dessen isolationistischer Tendenzen mit dem *Fait accompli* einer außer Kontrolle geratenen Eskalation mit Iran zu konfrontieren.

Für einen umfassenden Krieg, der das iranische Nuklearprogramm entscheidend zurückwirft, wäre Israel auf die militärische Unterstützung der USA angewiesen.

Es sind diese Widersprüche, die die künftige Nahost-Politik Trumps so schwer vorhersagbar machen. Anders als in seiner ersten Amtszeit fehlen nun die sogenannten adults in the room, die damals die problematischsten Instinkte des Präsidenten in Bahnen lenkten, die den langfristigen Interessen der USA als Welthegeemonialmacht entsprachen. Ein Stück weit kultiviert das Trump-Lager diese Unberechenbarkeit des neuen, alten US-Präsidenten sogar bewusst – als strategischen Trumpf gegenüber seinen Gegnern.

Gleichzeitig muss festgehalten werden, dass auch die in der Eigenwahrnehmung wertebasierte und berechnende Nahost-Politik Joe Bidens weder die regionale Eskalation noch humanitäre Katastrophen verhindern konnte. Die nahezu totale ideologische Selbstaufgabe Amerikas zugunsten israelischer Interessen hat die Weltmacht auf internationaler Ebene isoliert.

Von Trump ist keine großsprecherische Beschwörung einer „regelbasierten Weltordnung“ zu erwarten – ein Konzept, das in der Region ohnehin als Heuchelei gebrandmarkt ist. Weniger Ideologie und mehr pragmatischer Transaktionalismus könnten in der Theorie eine tragfähige Alternative sein.

Die Gefahr besteht jedoch darin, dass dieser Transaktionalismus zu einer Politik mit viel Bling-Bling, aber wenig Substanz verkommt. Harte Interessenskonflikte in der Region lassen sich nicht einfach übertünchen.

Zudem bergen Trumps erratische Persönlichkeit, die absehbare Schlacht der Egos innerhalb seiner Regierung und seine Anfälligkeit für externe Einflussnahmen das Risiko, dass es an einer kohärenten Nahost-Strategie mangeln könnte. Für die Akteure der Region bleibt nur eines: Fest anschnallen, es wird holprig.

9. FR: Verhindern Traumata Frieden?

<https://www.fr.de/politik/verhindern-traumata-frieden-93248852.html>

Verhindern Traumata Frieden?

Stand: 18.08.2024, 18:51 Uhr

„Die Menschen in Palästina und Israel sollten die Möglichkeit

bekommen, eine Vision von einem Leben in Sicherheit und Frieden zu entwerfen,“ unterstreicht Irene Weinz, Senior Expertin im Team Frieden der Robert Bosch Stiftung und verantwortlich für Förderung im Nahen und Mittleren Osten.

(...)

In Israel und Palästina sind der Angriff des 7. Oktober 2023 wie auch der darauffolgende Gaza-Krieg herausstechende Ereignisse, die sowohl einzelne Menschen als auch ganze Bevölkerungsgruppen traumatisiert haben. Diese kollektiven Traumata addieren sich zu den traumatischen Erfahrungen, die die Geschichte beider Bevölkerungsgruppen und der Region prägen:

420 000 Überlebende des Holocaust fanden bis 1951 eine Heimat in Israel und machten damit ein Viertel der Gesamtbevölkerung des 1948 gegründeten Staats aus. Im selben Jahr wurden während der Nakba circa 750 000 Palästinenser:innen aus ihrer bisherigen Heimat vertrieben, etwa 80 Prozent der damals auf israelischem Staatsgebiet lebenden palästinensischen Bevölkerung.

Um weitere Traumatisierungen in diesem Konflikt zu vermeiden, muss zunächst die Gewalt aufhören. Dazu gehört die Beendigung jeglicher

Kampfhandlungen sowie die Befreiung der israelischen Geiseln. Auch die seit Jahren stetig steigende Gewalt von Siedler:innen und Militärs gegen Palästinenser:innen im Westjordanland muss ein Ende finden.

Seit vielen Jahren arbeiten engagierte Peacebuilding-Organisationen wie zum Beispiel die Mitglieder der Alliance for Middle East Peace daran, auf lokaler und nationaler Ebene Begegnungen zwischen Menschen israelischer und palästinensischer Herkunft zu ermöglichen. Diese Begegnungen dienen dazu, der Entmenschlichung der anderen Seite, Vorurteilen und Hass entgegenzuwirken. Eine wesentliche Voraussetzung ist: das Leid des anderen wahrzunehmen und anzuerkennen.

Oftmals arbeiten die Organisationen zunächst innerhalb der jeweiligen Gruppe – um die belastenden Ereignisse in einem vertrauensvollen Rahmen aufzuarbeiten und der Auseinandersetzung mit individuellen und kollektiven Traumata Raum zu geben. In Gesellschaften, in denen Traumata oft stigmatisiert oder ignoriert werden, ist dies ein nicht zu unterschätzender Schritt.

Gleichzeitig gilt: Die Zukunft steuert die Gegenwart. Die Menschen in Palästina und Israel sollten jetzt die Möglichkeit bekommen, an ihrer Zukunft zu arbeiten und eine Vision von einem Leben in Sicherheit und Frieden zu entwerfen, unbenommen von politischen Agenden. Wenn die Menschen dieses – im besten Fall verbindende – Ziel vor Augen haben, können sie im Kleinen Schritt für Schritt darauf hinarbeiten, und Rückschläge und Hindernisse erscheinen handhabbarer.

Am Beispiel Südafrika zeigt sich, wie wichtig das ist. Bereits seit den 1950er Jahren entwickelten Bürger:innen dort einen neuen Gesellschaftsentwurf. Und noch während die Truth and Reconciliation Commission in den 1990er Jahren die Verbrechen der Vergangenheit aufarbeitete, wurde diese neue Gesellschaft Realität.

Dabei ist externe Hilfe notwendig: Die internationale Gemeinschaft und gerade auch Deutschland sollten zivilgesellschaftliche Organisationen und Peacebuilder:innen aus Israel und Palästina dabei unterstützen, sichere Räume zu schaffen, in denen Menschen sich begegnen und gemeinsam an einer friedlichen Zukunft arbeiten können.

Die für den Bundeshaushalt 2025 vorgesehenen massiven Einschnitte in der Förderung von Friedensarbeit sind das falsche Signal. Friedensaktivitäten und Begegnungen auf lokaler Ebene sind die Basis dafür, dass Frieden trotz erfahrener Traumata auch dauerhaft möglich wird.

— —

10. ND: Kriegskritik statt Schulfrieden - Schulverweis für Bundeswehrkritik vom Tisch

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1187084.antimilitarismus-kriegskritik-statt-schulfrieden.html>

Politik/ Antimilitarismus

Kriegskritik statt Schulfrieden

Schulverweis für Bundeswehrkritik vom Tisch

Peter Novak

26.11.2024 , 17:23 Uhr

Iven und Feli können weiterhin an der Schule bleiben, an denen sie ihr Abitur machen wollen. Laut der Jugendorganisation Internationale Jugend Leipzig wurde ihnen mit einem Schulverweis gedroht, weil sie gegen das Auftreten der Bundeswehr an ihrer Schule protestiert hatten.

Das Medium »Perspektive Online« berichtet von einer Lehrer*innenkonferenz, auf der beschlossen wurde, statt einem Schulverweis lediglich einen »schriftlichen Verweis« als Ordnungsmaßnahme auszusprechen. Schulleiterin Kathrin Mayer machte dagegen vergangenen Freitag ein Statement öffentlich, demzufolge »zu keinem Zeitpunkt« im Raum stand, Iven »der Schule zu verweisen«.

Was war vorgefallen? Am 30. Oktober war die Bundeswehr in die Humboldtschule im Leipziger Stadtteil Reudnitz eingeladen. Einige Schüler*innen organisierten Proteste dagegen. So legten sie sich Tage vor dem Bundeswehrtermin in der Pause auf den Schulhof auf den Boden.

Mit diesem »Die-In« wollten sie auf die Folgen von Krieg und Militarismus aufmerksam machen. In einem Redebeitrag stellte Iven den Zusammenhang zum Auftritt der Bundeswehr an der Schule her: »Uns wird erzählt, dass die Bundeswehr Deutschland und uns beschützt und Frieden bringen will. Das ist Bullshit.«

Die Internationale Jugend Leipzig initiierte eine Petition gegen den Schulverweis, die bis Dienstagnachmittag knapp 3500 Personen unterzeichnet hatten. In den letzten Tagen mehrte sich der Protest gegen die Schulleitung. Auch Schüler*innen, die nicht an der Aktion beteiligt waren, wandten sich gegen eine Sanktionierung. Unterstützt wurden sie dabei auch von Eltern.

Dabei wurde auch daran erinnert, dass die Proteste gegen den sogenannten Wehrkundeunterricht in der DDR eine wichtige Rolle für die damalige linke Opposition spielten. Wie kann es sein, dass Schüler*innen heute wieder Angst haben müssen, sich gegen die Militarisierung an den Lehranstalten zu wenden, fragten manche.

Die Petition der Internationalen Jugend enthält noch eine zweite Forderung. »Die Humboldtschule muss in ihrer Hausordnung festlegen, dass keine Bundeswehrbesuche mehr an der Schule stattfinden dürfen«, heißt es da. »Bundeswehr aus den Schulen« – diese Forderung wird von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft aber auch bundesweit von vielen Antimilitarist*innen gestellt.

Sie bekommt in Zeiten eine neue Aktualität, in denen so viel von Kriegsfähigkeit in Deutschland die Rede ist. Bundesweit werden zunehmend Zivilklauseln infrage gestellt. Dabei handelt es sich um Selbstverpflichtungen, etwa von Universitäten, sich rein zivilen Zwecken zu widmen. So hat der bayerische Landtag im Juli das »Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern« verabschiedet. Damit werden laut der Initiative »Hochschulen für den Frieden« Schulen und Hochschulen zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr verpflichtet.

siehe auch:

<https://unter18nie.de/>

Mehr als 32 000 Menschen haben bereits eine Petition unterzeichnet, das Rekrutierungsalter in Deutschland auf 18 Jahre anzuheben.

(...)

Herr Verteidigungsminister,

als Unterzeichner der UN-Kinderrechtskonvention und seiner Zusatzprotokolle hat sich die Bundesrepublik Deutschland zum besonderen Schutz des Wohls von Kindern und Jugendlichen verpflichtet. Dies kollidiert laut Ansicht des „UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes“ mit der aktuellen Rekrutierungspraxis der Bundeswehr:

Die Bundeswehr wirbt gezielt an Schulen und im öffentlichen Raum um die Gunst von Kindern und Jugendlichen. Dabei können die jungen Menschen kaum ermessen, wie es wirklich als Soldat ist. Dennoch treten jährlich über 1.500 unter 18-Jährige in die Bundeswehr ein.

Damit ist Deutschland eines von wenigen Ländern weltweit, die Minderjährige in ihre Armeen aufnehmen. Ich fordere Sie auf, die Kinderrechte zu wahren und unterstütze die 2008, 2014 und 2022 vom „UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes“ an die Bundesrepublik gestellten Forderungen:

Setzen Sie das Eintrittsalter in die Armee auf 18 Jahre!

Beenden Sie die gezielte Werbung von Kindern und Jugendlichen für die Bundeswehr!

Respektieren Sie das Wohl von Kindern und Jugendlichen und die UN-Kinderrechtskonvention!

11. Koop-Frieden: Friedensorganisationen intensivieren ihre Zusammenarbeit und planen gemeinsame Aktionen im Bundestagswahljahr 2025

<https://www.koop-frieden.de/artikel-erstellen/friedensorganisationen-intensivieren-ihre-zusammenarbeit-und-planen-gemeinsame>

Friedensorganisationen intensivieren ihre Zusammenarbeit und planen gemeinsame Aktionen im Bundestagswahljahr 2025

26.11.2024

„Friedensfähigkeit statt Mittelstreckenwaffen“

„Neue Initiativen für eine gemeinsame Sicherheit“

„Das kommende Jahr 2025 wird auch in friedenspolitischer Hinsicht ein entscheidendes Jahr sein und uns alle sehr herausfordern. Diese Herausforderung nehmen wir an.“ Mit einer positiven Perspektive endete die Mitgliederversammlung der „Kooperation für den Frieden“ am 23.11.2024.

Vielfältige Ideen für Aktionen im kommenden Jahr rund um die Bundestagswahl, aber auch danach wurden gesammelt, erörtert und zur weiteren Planung in Arbeitsgruppen gegeben. Zwei wichtige Entscheidungen wurden zudem gefasst. Die Kooperation tritt der Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig - Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!“ bei, die vor drei Wochen von 35 deutschen Friedensorganisationen gegründet wurde.

In der nun gestarteten Kampagne unter dem Titel "Friedensfähig statt erstschlagfähig – für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!" wollen die beteiligten Organisationen über die Risiken der Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen aufklären und so die bislang ausbleibende, aber dringend nötige Debatte starten. Es soll politischer Druck für die Rücknahme der Stationierungsentscheidung aufgebaut werden.

Ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen von NATO-Ländern ebenso wie von Russland ist ein Schritt zur Wiederaufnahme von Verhandlungen über Rüstungskontrolle und (nukleare) Abrüstung. Es braucht neue Initiativen für eine gemeinsame Sicherheit und Zusammenarbeit und die langfristige Vision einer neuen Friedensordnung in Europa.

Außerdem unterstützt die Kooperation für den Frieden den „Berliner Appell“, der sich gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt ausspricht. Schon über 12.000 Unterschriften gibt es unter diesem Appell – davon sehr prominente wie die von Margot Käßmann, Peter Brandt, Michael Müller, Gregor Gysi, Klaus Zwickel und Katja Ebstein.

Die Kooperation für den Frieden wird darüber hinaus eigene Veranstaltungen und Aktionen planen, zur Bundestagswahl am 23. 2. und zu den Jahrestagen im Jahr 2025 – zum 27.1., wenn sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zum 80. Mal jährt, zum 8. Mai (Ende des Zweiten Weltkrieges vor 80 Jahren) und zum 6. August, dem 80. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima.

Schon jetzt appelliert die Kooperation für den Frieden an alle Wählerinnen und Wähler in Deutschland: „Gehen Sie wählen! Berücksichtigen Sie bei Ihrer Wahlentscheidung die Chancen für Abrüstung und damit für Klimaschutz und Soziales. Geben Sie Ihre Stimme für den Frieden!“

Vor 20 Jahren haben sich über 50 Friedensorganisationen in der Bundesrepublik zu der „Kooperation für den Frieden“ zusammengeschlossen, darunter die großen Organisationen wie Pax Christi, Ärzt*innen zur Verhütung eines Atomkrieges (IPPNW), Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Auch kleinere regionale Friedensgruppen haben sich der Kooperation angeschlossen. Ziel ist die bundesweite Vernetzung der Friedensarbeit und der Friedenspolitik. Ziel sind auch gemeinsame bundesweite Aktionen und Demonstrationen.

„Wir werden im kommenden Jahr deutlich Position beziehen“, - so Susanne Grabenhort, eine der vier SprecherInnen der Kooperation. „Dem Konzept der Kriegstüchtigkeit setzen wir die Friedensfähigkeit gegenüber. Deutschland ist strukturell nicht militärisch verteidigbar. Rüstung und Krieg zerstören, auch und insbesondere das Klima. Angesichts der aktuellen Gefahren müssen die Beendigung von Kriegen und die internationale Kooperation oberste Priorität haben.“

www.koop-frieden.de

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt,
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising

Tel.: 08161-547015
Fax: 08161-547016

C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoehnungsbund.de

Spendenkonto für die Arbeit des
Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.

IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00

Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt